

turbine

Mitteilungsblatt der DKP für VOITH-Beschäftigte

TURBINE Ausgabe Nr. 06

September 2004

Jahrgang 33

Vision eines knallharten Sozialkahlschlägers

BDI-Rogowski für die Financial Times Deutschland

Ein Glück für die VOITHianer, dass sie die „Financial Times Deutschland“ nicht in Massen abonniert haben. Dass sie aber die BDI-Rogowski-Vision zum Jahre 2014 aus der FTD vom 02.08.04 über eine von den VOITHianern selbst gesteuerte Fabrik nicht kennen lernen konnten, ist schade.

Der TURBINE-Redaktion ist die Rog.-Vision bekannt geworden. Hier einige Auszüge und Zitate über die Zukunftsvisionen des noch BDI-Präsidenten, Aufsichtsratsvorsitzenden der VOITH AG und Ehrenbürger von Heidenheim Dr. M. Rogowski.

Rogowski setzt auf totale Selbstorganisation.

(...) Früher war es so, dass viele Mitarbeiter den Unternehmer in sich immer nur in der Freizeit ausgelebt ha-

ben Sie engagierten sich als Vereinsvorstände, sie leiteten Kinderfreizeiten, sie organisierten Stadtfeste.

Da habe ich mir gedacht, (...) das auf den Betrieb zu übertragen. (...) Wir haben gesagt, organisiert euch doch selber im Betrieb. Wir geben vorne Material ein und sagen, wann es hinten im Produktionsprozess als fertiges Produkt rauskommen soll. Ob ihr dann morgens, mittags oder abends arbeitet, das organisiert ihr selber. Und wenn ihr es gut macht, bekommt ihr eine schöne Erfolgsbeteiligung. Und wenn ihr es schlecht macht, bekommt ihr halt keine.

(...) Wir haben heute lauter kleine Unternehmer in unserem Unternehmen.

(...) Und das ist Freiheit. Der Duft der großen Freiheit. Wohlstand entwickelt sich dort schneller wo es Freiheit gibt.

(...) Der Prozess der Änderung war ziemlich schmerzhaft.

(...) Das hat überproportional jene getroffen, die geringer qualifiziert sind. (...) Wir haben dann aber erfahren, dass es viel einfacher ist, Reformen konse-

quent und schnell durchzuführen. Das klingt hart, ist es aber nicht: Denn als die Menschen sich an mehr Flexibilität gewöhnten, hatten viele es leichter.

Angefangen hat es mit den Reformen recht zögerlich, (...) mit der Agenda 2010 Rede des damaligen Bundeskanzlers G. Schröder im März 2003. Vieles davon war Stückwerk. (...) Über die Jahre dann hat sich eine Kultur der Freiheit, der Selbstverantwortung und Risikobereitschaft entwickelt.

(...) Nun im Jahr 2014 haben wir einen echten Wettbewerb zwischen dem Flächentarifvertrag und betrieblichen Lösungen. (...) Die qualifizierte Mitbestimmung in den Aufsichtsräten hat sich (...) überholt und ist ersetzt durch beratende Wirtschaftsräte auf Konzernebene.

(...) Es hat sich sehr bewährt, dass wir in offener Information und Kommunikation die Belegschaftsmitglieder in die jeweiligen Planungsprozesse einbeziehen und darüber beraten, welche Folgen das für ihre Arbeitsplätze hat. (...)

Der Vollständige Artikel unter:
<http://www.ftd.de/pw/de/1091258300440.html>

Kommentar

Dass sich die Welt verändert, wissen wir alle. Dies liegt in den immer neu verbesserten Produktions-



bedingungen und der dadurch immer schneller steigenden Arbeitsproduktivität in den Industriegesellschaften. Auch neue Formen der Betriebsorganisation entwickeln sich dadurch. Das sind die Ergebnisse der handarbeitenden und der kopfarbeitenden Menschen in den Werkstätten, Büros und den Bildungseinrichtungen. Ein Ergebnis der gemeinsamen gesellschaftlichen Produktion. Es gibt auch Menschen des Schlagens eines Dr. Rogowski. Die beobachtend bei Seite stehen und aus ihrer wirtschaftlichen und politischen Machtfülle heraus für sich das Sagen über die Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung reklamieren. Sie sind bei gutem Honorar sog. Freigestellte (wie z.B. auch Esser und

(Fortsetzung auf Seite 2)





Oberbürgermeister
Bernhard Ilg (CDU)

„Klein Zürich“ muss bleiben! Kündigungen zurücknehmen und Wohnungen sanieren

Gemeinsam mit den DKP-Stadträten Huber und Püschel steht die DKP-Heidenheim hinter den Mietern des Wohngebiets „Klein Zürich“.

Oberbürgermeister Ilg, in Personalunion auch Vorsitzender des GBH- Aufsichtsrats, ist nicht bereit, sich auf die Seite der Mieter zu stellen, um die sozial ungerechtfertigten Kündigungen zu revidieren. Die von den DKP-Stadträten geforderte behutsame Sanierung des Mietwohne-

biets, wird von OB Ilg abgelehnt. OB Ilg handelt ganz im Sinne der GBH. Nicht die Entwicklung im Außenbereich sei entscheidend, sondern das Zentrum der Stadt.

OB Ilg räumt aber ein, dass sich trotz zentrumsnaher Sanierung das Wohngebiet „Klein Zürich“ zur Neubebauung eigne.

Also Abbruch von Mietwohnungen und unter anderer Rechtsform Bau von neuem Wohnungsleerstand.

So hilft OB Ilg, den Grundstücks- und Mietspekulanten zu verbesserten Erträgen gegen seine Wähler in „Klein Zürich“

Heraus zu den Montagsdemos Stoppt die Agenda 2010

Jeden Montag demonstrieren seit Wochen in über 200 Städten und Gemeinden rund 100.000 Menschen gegen die Verarmungsgesetze die von SPD und Grüne in Berlin beschlossen wurden. Diese Verarmungsgesetze müssen vom Tisch. Stoppt den Sozialkahltschlag, ist die Hauptforderung der Arbeiter und Angestellten, der Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger, Schüler, Studenten und Rentner.

„Wir bemühen uns, die Lasten heute gerecht zu verteilen, damit wir in Deutschland auch morgen noch gerecht verteilen können“ So Bundeskanzler Schröder bei seiner Neujahrsansprache.

Wir fragen unseren SPD- Bundeskanzler: Ist die erneute Absenkung des Spitzensteuersatzes der Spitzen- und Besserverdiener auf 42 Prozent

um rund vier Milliarden Euro gerecht? Ist es gerecht Herr SPD-

Kapitalismus macht arm.

Die Armutsquote in unserem Land steigt. Als arm gilt, wer weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens verdient. Das statistische Durchschnittseinkommen in der BRD beträgt ca. 2.480,- Euro im Monat.

Während Millionen Arbeitslose und Sozialhilfebezieher einen 16-seitigen Fragebogen bearbeiten müssen, in dem ihre gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse ausgeschnüffelt werden, müssen Bosse von Banken und Konzern, die sich Millionengehälter genehmigen, kein Wort und kein Komma über ihre Einkommensverhältnisse offen legen.

Diese eklatanten Widersprüche zum Thema des SPD Kanzlers, der die Lasten gerecht verteilen will, zeigen, dass Schröder jedwede Realität verloren hat. Wir sehen uns montags!



Schröder, wenn durch diese Maßnahme ein Einkommensmillionär fast 31.000,- Euro an Steuern spart? Dagegen ein Bezieher von Arbeitslosengeld II bzw. Sozialhilfe II mit 4.140,- Euro im Jahr leben soll?

Kommentar (Fortsetzung von Seite 1)

Ackermann) um im Interesse der privaten Produktionsmittelbesitzer oder der Aktionäre zu handeln und um politisch einzugreifen. Wäre Dr. Rogowski kein BDI-Präsident, kein VOITH AG-Aufsichtsratsvorsitzender und kein Ehrenbürger, könnte man seine Visionen zum Jahre 2014 einem Fabelwesen oder Märchenerzähler zuordnen. Was aber hinter seinen Visionen steckt, ist alles andere als eine demokratische, eine gleichberechtigte Zukunft.

Was vorne reinkommt und in welcher Zeit das fertige Produkt hinten rauskommt, bestimmt immer noch der Herr im Hause. Von Mitbestimmung, auch von denen die arbeiten und denken, will der Herr nichts wissen. Und arbeiten die selbstbestimmten Untertanen nicht profitabel, kommt der erpresserische Knüppel auf ihre Arbeitsplätze aus dem Sack. Ich da Oben und Ihr da Unten bleibt die gesellschaftliche und betriebliche Grundlinie des Dr. Rogowski auch für das Jahr 2014.

Wer über Investitionen entscheidet, wo und wie produziert wird ist dem Herrn und nicht dem Knecht vorbehalten. So muss die große gesellschaftliche Freiheit für den Herrn, die kleine Freiheit im Betrieb für den Knecht verstanden werden. Wie unglaublich selbst seine Vision zum Jahre 2014 ist, liegt bereits heute auf der Hand. Nicht die Herren in der Geschäftsführung und die zig Gesellschafter haben auf Gewinne verzichtet. Nein, die Arbeiter und die Angestellten hat man zu Lohn- und Gehaltskürzungen gezwungen, um zu investieren und um Arbeitsplätze von betriebsbedingten Frei(heits)stellungen zu bewahren. So betrachtet tragen die Knechte die Verantwortung, haben aber nichts zu sagen. Das wird auch in den Visionen oder den Märchen des Dr. Rogowski für das Jahr 2014 deutlich.

BDI-Präsident und Ehrenbürger von Heidenheim Dr. Michael Rogowski

Ein Vordenker für den Sozialkahlschlag in der BRD

Ein im Betrieb immer lächelnder, etwas kumpelhaft auftretender Dr. Rog., wie ihn viele Kolleginnen und Kollegen vor seiner Zeit als BDI Präsident beim Betriebsrundgang erlebt haben, der Ehrenbürger unserer Stadt, hat wieder eine Katze aus dem Sack gelassen. Seinen Forderungen nach längeren Wochen- und Lebensarbeitszeiten, den geforderten Nullrunden für Rentner, legte er jetzt in großer Demut, die er gelegentlich beim Golfspielen in Hochstatt bei Ulm erfährt, radikal nach. Seine Forderung an die Arbeitnehmer, sich doch um ihre soziale Sicherung selbst zu kümern.



„Die primäre Verantwortung der Unternehmer liege nun einmal nicht in der Sozialfürsorge.“ Die „Unternehmer sollen Arbeit schaffen, während die Beschäftigten die soziale Sicherung und das Gesundheitswesen selbst finanzieren“. Eine Wahrhaft großzügige Feststellung eines mehrfachen Millionärs.

Wo schafft denn Herr Dr. Rogowski samt seinen BDI-Funktionären Arbeitsplätze? Millionen Men-

schen
s i n d
a r -
beits-

los, sie sind doch das Ergebnis der unsozialen Handlungen und Forderungen aus dem Hause BDI. Auch in seiner Ehrenbürger-Heimatstadt und in der Partnerstadt Sankt Pölten ist Arbeitsplatzabbau auf der Tagesordnung. Den VOITHianern, nachdem sie Lohn- und Gehaltsabbau für den Bau des PTC ertragen mussten, auf Leistungszulagen verzichtet hatten, den Gießereikollegen ihre Zeitguthaben enteignet wurde, jetzt noch zu fordern, die Kosten für die soziale Sicherung und das Gesundheitswesen voll und ganz aus eigener Tasche zu zahlen, haut dem Fass den Boden aus. Das ist die Forderung eines mehrfachen Millionärs, der zudem noch am Hebel wirtschaftlicher Macht sitzt.

Aufgepasst Kolleginnen und Kollegen. BDI-Rogowski pfeift und Kanzler Schröder tanzt. Des Industriepäsidenten neuester Schlag gegen alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, kann nur mit massivem Protest abgewehrt werden. Die Losung „ Wer kämpft kann verlieren, wer aber nicht kämpft hat schon verloren“ Auch Betriebe können montags zur Demo kommen.



DKP unterstützt Arbeitnehmerbegehren der IG Metall

Rund 200 Unterschriften sammelten die Mitglieder der DKP für das Arbeitnehmerbegehren der IG Metall. Mit dieser Unterschriftenaktion wurde ein Beschluss der DKP Mitgliederversammlung umgesetzt.

„Es gilt die täglichen Angriffe der Neoliberalen und Konservativen gemeinsam abzuwehren“. So DKP-Stadtrat Reinhard Püschel.

Über das Resultat freuen wir uns. Die Menschen sind wütend über die herrschende Politik. Sie erwarten einen spürbaren Widerstand, der hauptsächlich von den Gewerkschaften ausgehen muss. Ich wünsche mir, so DKP Stadtrat Huber, dass viele Organisationen sich ebenfalls aktiv an den Aktionen beteiligen.



Ein großer Sieg für Venezuela

Chávez bleibt im Amt

Mehr als fünf Millionen Menschen erteilten der rechten, von den USA unterstützten Opposition in Venezuela eine klare Absage. Bei einer Rekordbeteiligung lehnten knapp 60 Prozent eine vorzeitige Amtsenthebung ihres Präsidenten ab.

Chávez, der versöhnlich der gescheiterten Opposition gegenübertrat erklärte: „Auch sie könne sich als Sieger fühlen, denn sie habe den Weg zurück zur Verfassung gefunden und die Faschisten und Putschisten in ihren Reihen besiegt.“ Die Führer der reaktionären Opposition kann er damit nicht gemeint haben. Sie behaupten, das Ergebnis beruhe auf Fälschungen. Die internationalen Wahlbeobachterinnen und -beobachter, unter ihnen die Nobelpreisträgerin Rigoberta Menchú aus Guatemala, die Präsidentin der argentinischen Mütter der Verschwundenen, de Banafini, und eine 15-köpfige Delegation des DGB, konnten aber Fälschungen nicht entdecken. Eine weitere Folge des 15 August 2004, dem Tag des Referendums, macht den Weg frei zu den 16. Weltfestspielen der Jugend und Studenten im August 2005 in Caracas.

AMS, SDAJ, solid, VertreterInnen der Gewerkschaften IG Metall, ver.di u.a. trafen sich am 11. September zu einem bundesweiten Vorbereitungstreffen in Berlin.

Nähere Auskünfte bei der SDAJ und der DKP Heidenheim.



André Scheer
**Kampf um Venezuela-
Hugo Chávez und die
bolivianische Revolution**
172 Seiten 12,90 Euro
Neue Impulse Verlag
Hoffnungstrasse 18
45127 Essen

Verschärfte Machtkonkurrenz

BERLIN - Als Frage von „größter strategischer Bedeutung“ schätzen Berliner Politikberater die Abhängigkeit der EU von Energiere Ressourcen fremder Staaten ein. Die zunehmende Abhängigkeit habe „geopolitische(...) Auswirkungen“ und führe zu einer „verschärften ökonomische(n) und politische(n) Machtkonkurrenz“ insbesondere mit den USA, aber auch mit der Volksrepublik China, Russland und Indien, heißt es. Deutschland und die EU müssten sich in diesem Zusammenhang auch auf kriegerische Auseinandersetzungen um die knapper werdenden Rohstoffe einstellen. Quelle: www.german-foreign-policy.de



Schilys Schleuser

BERLIN / ROM / ATHEN (Eigener Bericht) - In Zusammenarbeit mit der italienischen Rechtsregierung treibt der deutsche Innenminister seine Pläne für die Errichtung von Menschenlagern in Nordafrika voran. Nach entsprechenden Übereinkünften mit seinem römischen Amtskollegen hat Schily jetzt auch die Zustimmung von Rocco Buttiglione erreicht. Buttiglione ist ausscheidender Europa-Minister im Berlusconi-Kabinett und bereitet sich auf sein Amt als EU-Kommissar vor. Dort wird er für „Justiz, Freiheit und Sicherheit“ verantwortlich sein. Laut Buttiglione sollen die Menschenlager als Schleusen dienen, um verwendbare afrikanische Arbeitskräfte zu importieren. Bundesinnenminister Schily nimmt die Lager zum Anlass, um die afrikanischen Armutsstaaten ihren früheren Kolonialherren anzudienen. Aktuelle Vorläufer des politökonomischen Schleusungsprogramms sind vor allem in Italien und Griechenland zu besichtigen. Quelle: www.german-foreign-policy.de

Sog der Militarisierung

WIEN / LINZ / MÜNCHEN In Österreich regt sich politischer Widerstand gegen die Übernahme eines der größten österreichischen Industriebetriebe. Besondere Brisanz erhält die Expansion des deutschen Siemens-Konzerns vor dem Hintergrund der zunehmenden Militarisierung der Europäischen Union. Bisher untersagt die Verfassung Österreichs die Mitgliedschaft in einem Militärbündnis, wie es innerhalb der EU vom deutsch-französischen Machtkartell forciert wird. Die österreichische Friedensbewegung lehnt die Übernahme des halbstaatlichen Mischkonzerns VA Tech durch die deutsche Atom- und Rüstungsfirma entschieden ab, da mit ihr ein weiterer Bereich der österreichischen Industrieproduktion in den „Sog der im Aufbau befindlichen europäischen Rüstungsindustrie“ geriete.

www.german-foreign-policy.de

UZ UZ UZ UZ www.unsere-zeit.de
UZ - Zeitung der DKP

Unser Wertpapier
kommunistisch - informativ - wertvoll

Abo & Information
CommPress Verlag,
Hoffnungstr. 18, 45127 Essen
Tel: 0201 24 86 482
E-Mail: UZAbo@t-online.de

Name: _____
Vorname: _____
Straße: _____
PLZ/Ort: _____



Zeitungen und Flugblätter kosten Geld. Für Spenden bedankt sich die DKP-Heidenheim
Spendenkonto: Kreissparkasse BLZ 632 500 30 Konto Nr. 413 903

V.i.S.d.P.
DKP Heidenheim R. Püschel